

FDP Main-Kinzig

FRAKTION: ZUKUNFT DER SPARKASSEN UND BANKEN IN DER REGION IST WICHTIG

07.05.2024

Hinweis: Diese Pressemitteilung ist die zweite der FDP-Fraktion in diesem Kalenderjahr (Nach der PM v.). Am 13.05.2024 veröffentlichte Landrat Thorsten Stolz ebenfalls eine Meldung zu diesem Thema. Diese finden Sie [hier](#).

Zukunft der Sparkassen und Banken in der Region ist wichtig - FDP-Fraktion unterstreicht die Notwendigkeit von Transparenz und Debatte

„Wer Führung bestellt, bekommt nicht immer das Ergebnis, das er sich wünscht,“ konstatiert der Fraktionsvorsitzende der FDP, Prof. Joachim Fetzer, und nimmt damit Bezug auf die Stellungnahme des Landrates zu den Entwicklungen rund um die Kreissparkasse Gelnhausen und dem dortigen überraschendem Führungswechsel.

Wichtig und hilfreich sei, dass der Landrat durch ein klares Statement zumindest einen Teil möglicher Spekulationen über die Sparkassen beendet hat und damit Erwartungssicherheit schafft. Dabei kommt es selbstverständlich nicht auf personalpolitische Details an, stimmen die Freien Demokraten ausdrücklich dem Vertraulichkeitsargument des Landrats zu, sehr wohl aber auf die strategische Ausrichtung und Klarheit.

„Landrat Stolz betont zu Recht die Bedeutung der Sparkassen im Main-Kinzig-Kreis. Eben diese vorausschauend zu sichern, muss das gemeinsame Anliegen aller Verantwortlichen sein,“ fordert der finanzpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Kolja Saß, und ergänzt „eine Fusion der drei Sparkassen, in denen sich auch 50 Jahre nach Gründung des Main-Kinzig-Kreises immer noch die drei ehemaligen Altkreise spiegeln, wäre eine solche Maßnahme gewesen, die daher über viele Jahre immer wieder gefordert wurde.“

Angesichts der anstehenden Verkleinerung des Main-Kinzig-Kreises durch die

Auskreisung der Stadt Hanau wäre nun ein Zusammengehen der Kreissparkassen Gelnhausen und Schlüchtern, wie es der Kreisbeigeordnete Prof. Piesold angeregt hatte, folgerichtig.

All dem hat der Landrat nun durch klare Worte eine Absage erteilt. Man muss diese Position nicht teilen. Aber die Freien Demokraten begrüßen, dass Thorsten Stolz auf ihre Forderung nach Klärung eingegangen ist.

Ausdrücklich erkennen die Freien Demokraten an, dass es Argumente in beide Richtungen gibt. „Natürlich ist Größe allein kein Argument,“ erläutert Fetzer und konzediert, dass sich Zeiten und Stimmungslagen ändern: „Nicht akzeptierte und schlecht vorbereitete Fusionen können auch Schaden auslösen und schon die Debatte über einen künftigen Hauptsitz wäre nicht einfach zu führen.“

Viele banktechnische Entscheidungen finden schon heute nicht mehr auf der Ebene kleiner Sparkassen statt. Die zunehmende Regulierung erzwingt ohnehin schon größere Einheiten für viele Prozesse. Eine Haftung der Sparkassen findet auf höherer Verbandsebene statt. „Entscheidend ist doch, was für Bürger und Kunden dabei herauskommt“, verdeutlicht der Kreisvorsitzende Daniel Protzmann das Anliegen der Freien Demokraten im Kreis und fragt: „Interessiert es die Bürger und Kunden wirklich wie viele Verwaltungsräte und Verwaltungssitze es gibt?“ und gibt auch gleich die Antwort: „Entscheidend ist doch, dass die Versorgung mit Bankdienstleistungen und Beratung regional gestreut und bürgerlich bleibt.“

„Eventuell sind nun andere Kooperationsformen zu prüfen, um das Kostenproblem der regionalen Versorgung in den Griff zu bekommen,“ erwägt Fetzer und weist auf das Konzept der sogenannten Finanzpunkte hin, welche gemeinsame Stützpunkte von Sparkassen und Genossenschaftsbanken darstellen. Dies könnte künftig auch eine Option für unsere Region sein, nachdem einer Sparkassen-Einheit im Main-Kinzig-Kreis eine Absage erteilt wurde.

Zu warten bis vorhandene Strukturen wirtschaftlich gar nicht mehr tragbar sind, ist hoffentlich nicht das, was der Landrat mit seinen Worten „solange die wirtschaftliche Situation stabil ist“ meint.

Wir möchten eine breitere Diskussion und mehr Transparenz für die Öffentlichkeit. Dies durch den – natürlich richtigen - Hinweis auf Vertraulichkeit von Personalfragen

unterbinden zu wollen, wäre falsch und will auch sicher niemand, vermuten die Freien Demokraten. „Solche Fragen sollten im Interesse des Gemeinwohls öffentlich diskutiert werden, um verschiedene Meinungen und Expertisen einzubeziehen“, schließen Kolja Saß und Joachim Fetzer gemeinsam.